

13.08.2026

Stellungnahme zum ETS 1 Review Prozess des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN)

Der Bundesverband der Energie-Abnehmer e. V. (VEA) vertritt über 5.000 Mitgliedsunternehmen aus dem energieintensiven Mittelstand und zählt damit zu den größten Energie-Interessengemeinschaften der mittelständischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen.

Der VEA ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung eingetragen unter der Registernummer: R000594

Der VEA bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die gemessen am Diskussions- und Prozesstand noch vorläufig ist. Wir beziehen uns in unserer Positionierung zusammengefasst auf die folgenden Fragen des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur **Konditionalität**:

- Wie bewerten Sie den Vorschlag der Kommission, 80% der kostenlosen Zuteilung an die Voraussetzung zu knüpfen, einen Dekarbonisierungsplan einzureichen?
- Haben die Mitgliedsunternehmen Ihres Verbandes längerfristige Geschäftsentwicklungs- und Investitionspläne? In welchem Umfang sind dabei bereits konkrete Dekarbonisierungspläne für die Produktionsstandorte in der EU enthalten?
- Wie bewerten Sie den Vorschlag der Kommission, 20 % der kostenlosen Zuteilung an das Erreichen bestimmter Meilensteine zu knüpfen, die einen wesentlichen Beitrag zur Emissionsminderung der Anlage leisten, insbesondere hinsichtlich erhöhter Anreize zur Investition in die Dekarbonisierung in der EU?
- Haben Sie Vorschläge, wie die Ausgestaltung der Konditionalität ab 2031 im Hinblick auf den KOM-Vorschlag möglichst weitgehend an den bestehenden Dekarbonisierungsplänen der Unternehmen ansetzen kann und damit möglichst bürokratiearm ausgestaltet werden kann?

Seite 1 von 3

Position VEA

Vorbedingungen für eine wettbewerbsfähige Dekarbonisierung etablieren

Grundsätzlich sehen wir die Notwendigkeit einer zeitnahen gesamtgesellschaftlichen und industriellen Dekarbonisierung. Dabei ist entscheidend, dass eine zunehmende Bepreisung von CO₂-Emissionen mit realistischen Möglichkeiten zur Dekarbonisierung einhergeht und nicht zu einer Deindustrialisierung und damit zu einer bloßen Abwanderung auch der CO₂ Emissionen führt.

Technologische Machbarkeit

Für die meisten Unternehmen aus dem energieintensiven Mittelstand stellt die direkte Elektrifizierung von Prozesswärme den effizientesten und technisch sinnvollsten Dekarbonisierungspfad dar. In den unteren bis mittleren Temperaturbereichen ist die technische Machbarkeit auch bereits vorhanden. In den oberen Temperaturbereichen besteht hingegen noch Forschungs- und Entwicklungsbedarf.

Wirtschaftlichkeit der Dekarbonisierung

In vielen Fällen ist die Elektrifizierung jedoch wirtschaftlich nicht darstellbar. Denn der Strompreis ist im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähig. Dies gilt sowohl im Vergleich zu industriellen Unternehmen, die im europäischen oder weltweiten Ausland mit dort sehr viel günstigerem Strom produzieren, wie auch im Vergleich mit Unternehmen, die weiterhin fossile Brennstoffe einsetzen. Zu hohe Strompreise verhindern damit eine wirtschaftliche Umstellung. Der Strompreis ist damit der zentrale Hebel für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und beeinflusst unmittelbar Investitionsentscheidungen in neue Technologien und damit die Geschwindigkeit der Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie. Strom als Gut, dessen Nutzung wir - unter anderem durch die Bepreisung von CO₂-Emissionen - gezielt fördern und ausweiten wollen, sollte entsprechend möglichst wettbewerbsfähig und kostengünstig sein.

Stromnetzanschlüsse und Netzanschlusserweiterungen müssen tatsächlich verfügbar sein

Hinzu kommen erhebliche infrastrukturelle Hemmnisse. Viele Unternehmen erhalten aufgrund unzureichender Netzkapazitäten derzeit keinen Stromnetzanschluss bzw. keine erforderliche

Erweiterung ihres bestehenden Netzanschlusses – oder erst nach Wartezeiten von mehreren Jahren. Die Situation ist in ihrer Dimension als dramatisch zu bezeichnen und hat bislang noch nicht die notwendige politische und öffentliche Aufmerksamkeit erhalten.

Die langen Wartezeiten stehen in einem deutlichen Widerspruch zu den politischen Erwartungen an die Geschwindigkeit der Transformation und verzögern oder verhindern notwendige Investitionen. Für Unternehmen bedeutet ein fehlender Netzanschluss oder eine nicht verfügbare Netzanschlusserweiterung vielfach, dass geplante Investitionen, Produktionsausweitungen, Elektrifizierungsmaßnahmen oder die Umstellung auf erneuerbare Energien nicht umgesetzt werden können. Besonders problematisch ist dabei, dass die Unternehmen auf die Verfügbarkeit der erforderlichen Netzkapazitäten keinen oder nur sehr begrenzten Einfluss haben.

Eine erfolgreiche Energiewende setzt daher nicht allein voraus, dass Unternehmen Investitionsbereitschaft zeigen und entsprechende Maßnahmen planen. Entscheidend ist vielmehr, dass die dafür notwendige Infrastruktur tatsächlich und rechtzeitig zur Verfügung steht. Politische Zielsetzungen und regulatorische Anforderungen müssen deshalb stärker an den real vorhandenen infrastrukturellen Möglichkeiten ausgerichtet werden.

Dies sollte insbesondere auch bei der Ausgestaltung etwaiger Gegenleistungen, Verpflichtungen oder Anforderungen an Unternehmen berücksichtigt werden. Unternehmen sollten nicht für Verzögerungen oder eine fehlende Umsetzung von Transformationsmaßnahmen verantwortlich gemacht werden, wenn diese maßgeblich darauf zurückzuführen sind, dass der notwendige Netzanschluss oder die erforderliche Netzanschlusserweiterung durch den zuständigen Netzbetreiber nicht rechtzeitig bereitgestellt werden kann.

Fazit

Um eine wettbewerbsfähige Dekarbonisierung zu ermöglichen, müssen zunächst die Rahmenbedingungen verbessert werden. Dazu gehören international wettbewerbsfähige Strompreise, ein deutlich beschleunigter Aus- und Umbau der Stromnetze sowie schnellere Genehmigungs- und Anschlussverfahren. Nur wenn Unternehmen Zugang zu bezahlbarer klimaneutraler Energie und der erforderlichen Infrastruktur erhalten, können sie ihre Produktion erfolgreich dekarbonisieren und gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland sichern.